



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verfallungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Siegt der Monarchismus den Deutschen im Blut?

Von Franz Lauffötter, M. d. R.

Unter all den verlogenen Behauptungen, mit denen die Monarchisten für ihre saule Sache Propaganda machen, ist wohl die allerverlogenste die, daß die Deutschen ihrer ganzen Veranlagung und Entwicklung nach Freunde und Anhänger der monarchischen Staatsform seien. Der Monarchismus sei ihnen gewissermaßen angeboren, sie hätten ihn mit der Muttermilch eingeatmet, sie seien seit Jahrtausenden monarchistisch bis auf die Knochen. Diese Behauptung kehrt immer wieder: in nationalistischen Zeitungen, Zeitschriften und Flugblättern, in patriotischen Reden und Veranstaltungen, bei vaterländischen Feiern und Festen, überall wird alt und jung erzählt, daß Deutschland von altersher monarchische Einrichtungen gehabt habe, daß der Gehorsam und die Treue gegen das angestammte Fürstenhaus die edelste Blüte deutschen Gemütes und die größte Tugend eines Deutschen sei. Auch in den Geschichtsbüchern, die man der Jugend in die Hand gibt, kann man lesen, daß die republikanische Staatsform ein fremdländisches Gewächs sei und dem deutschen Wesen widerspreche, daß aber die Monarchie das deutsche Gemüt befriedige und erfreue. Dies kommt daher, weil schon bei den alten Germanen der König eine unbeschränkte Macht gehabt habe, daß er Feldherr und Richter und Priester in einer Person gewesen sei.

Man muß staunen über die Unvorsichtigkeit und Dreistigkeit, mit der eine derartige Behauptung aufgestellt wird, deren Unwahrheit und Unrichtigkeit offen zutage liegt. Nur eine plumpe Geschichtsfälschung vermag so etwas zu behaupten; ein einziger Blick in die deutsche Geschichte zeigt uns, daß es weder bei den alten Germanen noch im mittelalterlichen Deutschland eine Monarchie oder eine monarchische Einrichtung gegeben hat. Unsere Vorfahren waren viel zu vernünftig und viel zu freiheitsliebend, als daß sie sich freiwillig dem Willen eines Monarchen untergeordnet hätten. Sie waren im wahrsten Sinne des Wortes Republikaner, die das Recht der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung als das höchste Gut eines freien Mannes schätzten und schützten. Erst am Ausgang des Mittelalters, als das Deutsche Reich zerfiel, ist es den Reichsfürsten gelungen, als Zuchtmeister und Autokraten die einzelmals so eigenwilligen und feistnagigen Deutschen zu Fürstentümern und zu ergebenen Dienern fürstlicher Willkür zu machen. Die monarchische Knechtsgegnung, diese Pest und Seuche, die unsere Zeit vergiftet, ist den Deutschen nicht angeboren, sie ist ihnen durch hundsgemeinen Drill eingebaut worden. Hierfür wollen wir den unwiderleglichen Beweis antreten.

Der erste, der uns über das Leben, die Sitten und die Bräuche der alten Deutschen unterrichtet, ist der römische Geschichtsschreiber Tacitus. In seinem Buche „Germania“ sagt er über die staatlichen Einrichtungen: „Könige wählt man nach ihrem Adel, Führer nach ihrer Tapferkeit. Doch auch der Könige Macht ist nicht ohne Schranken, sie ist keine Willkür; die Führer wirken weit mehr durch ihr Vorbild als durch ihre Macht. In wichtigen Dingen entscheidet die Volksgemeinschaft in der Volksversammlung; in der über jeden Antrag abgestimmt wird. Mißfällt ein Antrag, so wird er durch Murren verworfen, findet er Beifall, so schlagen sie mit den Lanzen aneinander.“ Das ist doch sicherlich die Urform einer demokratischen Republik. Jeder christliche Geschichtsschreiber gibt das auch unumwunden zu. „Der Träger der staatlichen Souveränität bei den alten Germanen“, sagt Bruno Gebhardt, „ist die versammelte Volksgemeinde. Sie übt die hohe Gerichtsbarkeit aus über Leben und Tod, sie entscheidet über Krieg und Frieden, sie wählt den Gaugrafen, den Herzog, den König oder wer sonst den Staat leiten soll.“ Selbst der preussische Geschichtswissenschaftler Feilcke, ein

fanatischer Hohenzollernanbeter, muß in seiner „Geschichte der germanischen Völker“ der Wahrheit die Ehre geben und die republikanische Staatsform als die den alten Germanen eigentümliche bestätigen. Es heißt bei ihm: „Auch in den sogenannten monarchischen Staaten war nicht der König der Souverän, sondern die Gemeinfreien hatten das endgültige Bestimmungsrecht; ihr Wille gab den Ausschlag. Nicht der König, sondern die Volksversammlung besaß die staatliche Vollgewalt, die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Waffenstillstand, Vertrag und Bündnis, sie vollzog die Wahl der Führer, sie hatte die Entscheidung über die Gesetzgebung.“ Also ganz dasselbe, was in der deutschen Reichsverfassung vorgeschrieben ist. Und dann fährt Dahn fort: „Bei den altgermanischen Königen darf man nicht an Könige im heutigen Sinne denken. Diese sind Monarchen, das heißt, Träger der Staatsgewalt kraft eigenen Rechtes. Das waren jene sogenannten Könige durchaus nicht, sie waren vielmehrgewählte Beamte ihres Volkes. Träger der Staatsgewalt war die Volksversammlung der freien Männer.“ Wenn wir statt Könige die Bezeichnung Reichspräsident, Reichszkanzler, Reichsminister usw. setzen, so haben wir ganz und gar das, was die heutige Volksrepublik sein will und sein soll. Die Ähnlichkeit zwischen der altgermanischen und der neuzeitlichen republikanischen Staatsform ist geradezu überraschend. Wer das bestrittet, ist entweder ein unwissender Mensch oder ein Lügner und Demagoge.

Auch im eigentlichen Mittelalter finden wir nichts von einer Monarchie. Jeder Geschichtskenner weiß, daß damals die Macht des deutschen Kaisers äußerst gering war, weil ihm keine Machtmittel zu Gebote standen. Er hatte kein Heer, auf das er sich stützen konnte, er hatte nur geringe Einnahmen, da die Steuern nur spärlich floßen. Auch die Reichsfürsten, die geistlichen und weltlichen Grundherren, waren den Bürgern und Bauern gegenüber ohnmächtig, die in den Städten und Dörfern die weitestgehenden Freiheiten genossen. Man kann direkt von einem Schattenkönigtum und einer Scheinherrschaft der Fürsten reden, während Bürger und Bauern die glänzendste, glücklichste Zeit erlebten, von der uns die deutsche Geschichte erzählt. Damals, im Zeitalter der mittelalterlichen Gemeinfreiheit, blühten Künste und Wissenschaften in den freien Städten, wo das stolze, unabhängige Bürgertum selbst seine Geschichte bestimmte, und auf dem Lande tobte sich das selbstbewußte Bauerntum aus in überprüdelnder Lebensfreude.

Das wurde anders, als die Reichsfürsten, große und kleine, sich vom deutschen Königtum unabhängig machten und ihre Hausmacht gründeten, wobei sie nicht zurückredeten vor Verrat am Deutschen Reich und vor Bündnissen mit ausländischen Fürsten. Hierbei kamen ihnen zwei Umstände zugute: die Erfindung der Feuerwaffen und die Errichtung stehender Heere. Gestützt auf Flinten und Kanonen und gutbewaffnete Söldnertruppen brachen sie den Widerstand der Bürger und Bauern — es sei nur erinnert an den großen deutschen Bauernkrieg von 1525 — und trugen die altdeutsche Gemeinfreiheit zu Grabe. Zum Unglück für das deutsche Volk drang das römische Recht nach Deutschland ein, eine Schöpfung der Autokraten aus dem Kaiserthron, und die Kronjuristen lehrten nunmehr, daß ein Fürst das Alleinbestimmungsrecht habe über das, was in seinem Staate geschehen solle. Land und Leute seien Eigentum des Fürsten, dessen Wille das höchste Gesetz sei. Auch die Reformation hat in dieser Hinsicht sehr verhängnisvoll gewirkt. Einerseits gab sie den Fürsten die Möglichkeit, die geistlichen Güter: Klöster, Bistümer, Äbteien, Stiften usw. einzuziehen (zu Deutsch: zu stehlen) und dadurch ihre Hausmacht zu vergrößern, andererseits vertrat sie den Grundsatz, daß nach der Beseitigung der geistlichen Fürsten der weltliche Fürst die alleinige Gewalt in seinem Staate habe. Der Fürst war nicht nur der Alleinherrscher in weltlichen Dingen,

er war auch der Summus episcopus, Papst und Fürst in einer Person. Die Hoftheologen und Kronjuristen weiteteiferen miteinander, den Absolutismus und das Gottesgnadentum „wissenschaftlich“ zu begründen; sie umwebelten die allerhöchsten Majestäten wie Hunde; sie dichteten ihnen alle möglichen und unmöglichen Vollkommenheiten an und umnebelten das Hirn dieser Leute derartig, daß sich jeder Duodezfüßler, von denen dreizehn auf ein Duzend gehen, als ein halber Herrgott dünkte. Größenwahnsinn in den Köpfen der allergnädigsten Landesväter war die charakteristische Eigenschaft jener Zeit. Auf der anderen Seite wurde dann Knechtsgegnung und Hundedemut in den Gemütern der Untertanen künstlich großgezogen. Schon von Kindesbeinen an wurden den Deutschen ihre Landesväter und Landesmütter als „die Besten und Besten der Nation“ geschildert, als die Wohltäter ihrer Untertanen, die Tag und Nacht nichts anderes taten, als für das Wohl des Volkes zu sorgen. Bei den Geburts- oder Namenstagen der Fürsten oder ihrer Familienangehörigen, wenn irgendein Mitglied des Fürstenhauses Hochzeit hielt oder Kindtaufe hatte, stets und ständig nahm die Bevölkerung herzlichen Anteil und rief Hurra über Hurra, und wenn ein Fürst oder eine Fürstin zu sterben geruhte, so stand das ganze Volk trauernd und weinend am Grabe. In den Schulen, den Jugendbänden, den Kriegervereinen wurde die monarchische Gesinnung planmäßig geübt, und beim Militär wurde den „Kerls“ die Liebe und Treue zum Fürstenhause systematisch eingebrüllt. So war es denn kein Wunder, daß das deutsche Volk monarchisch wurde bis auf die Knochen.

Allerdings gab es in Deutschland auch wissende und denkende Menschen, die das wahre Gesicht des Monarchismus erkannten, die da beobachteten, daß die Fürsten Rabenväter waren im wahren Sinne des Wortes, indem sie ihre Untertanen nach allen Regeln der Kunst ausbeuteten, entrechteten und unterdrückten. Im Laufe der Zeit stieg auch das Selbstbewußtsein der Untertanen, man hielt es für entwürdigend, der Willkür eines Menschen ausgeliefert zu sein, und die Forderung nach Gleichberechtigung wurde stets dringender erhoben. Schiller predigte den „Männerstolz vor Königskronen“ und Heine prägte den Satz: „Alle Menschen gleich geboren sind ein adliges Geschlecht.“ Zunächst wurde die Forderung erhoben nach einem Mitbestimmungsrecht der Bürger in Staat und Gemeinde, das heißt, die absolute Monarchie sollte durch eine konstitutionelle Monarchie ersetzt werden. Nicht mehr der Wille eines Fürsten sollte allein gelten, auch das Volk in seiner Gesamtheit sollte durch gewählte Vertreter Einfluß gewinnen auf die Gesetzgebung und Verwaltung. Im Hintergrunde tauchte auch bereits der Gedanke einer Republik auf, die nicht auf der Mitwirkung eines Fürsten, sondern auf dem Willen des souveränen Volkes beruht. Der Zug zur Demokratie machte sich überall in Deutschland bemerkbar, die Loslösung von dem Absolutismus und der Autokratie machte Fortschritte, das Volk wollte seine Geschichte selbst in die Hand nehmen.

Gegen diese ganz natürliche Strömung setzten sich die Monarchen und ihre Soldknechte, die Monarchisten, entschieden zur Wehr. Sie unterdrückten jede freiheitliche Bewegung mit brutaler Rücksichtslosigkeit: Tod, Gefängnis, Zuchthaus und Verbannung waren die Gewaltmittel, mit denen man den Freiheitsdrang zu ersticken suchte. Man brauchte nur einige wenige Namen zu nennen, um das Treiben der monarchistischen Reaktionäre zu kennzeichnen. Der Freiheitskämpfer Ernst Morik Arndt wurde seines Amtes entsetzt, der Turnvater Jahn wurde gemahregelt, das gleiche Los traf die berühmten sieben Göttinger Professoren, darunter die beiden Brüder Jakob und Wilhelm Grimm, auch der Dichter Hoffmann von Fallersleben wurde aus dem Amte gejagt, der Parrer Weidig wurde im Gefängnis mautherlich gemordet, zahlreiche Studenten, die in jugendlicher Begeisterung unter dem Banner Schwarz-Rot-Gold ein freies, einiges Deutschland erstrebten, wan-

berken in die Gefängnisse oder mußten ins Ausland fliehen, der Student Fritz Reuter wurde zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus „begrabigt“, weil er Freiheitslieder gesungen und ein schwarzgoldenes Bändchen im Knopfloch getragen hatte. Der Weg zur Freiheit und zur Republik geht durch Schmutz und Blut und Tränen, er geht über Leichen und Gräber. Aber der republikanische Gedanke ließ sich nicht unterdrücken, er setzte sich durch trotz aller Gemeinheiten und Schandthaten der Monarchisten. Heute ist die Republik zur Wirklichkeit geworden.

Leider haben viele Schichten unseres Volkes vergessen, wie die Monarchie und der Monarchismus entstanden ist, sie haben es vergessen, daß der monarchische Gedanke mit Gewalt in die Köpfe und Herzen der Deutschen gepflanzt worden ist. Sie lassen sich überhöhlen und verdummen durch die verlogene Propaganda jener Leute, die es nicht verschmerzen können, daß sie sich einfinden im Glanze der Hofgunst gesonnt haben und die Nutznießer des Monarchismus gewesen sind. Es ist die höchste Zeit, daß man ihnen die Maske vom Gesicht reißt und dem deutschen Volke das wahre Wesen des Monarchismus zeigt. Die Laissez-faire steht fest: Der Monarchismus schlägt der Vernunft und der Menschenwürde ins Gesicht, er widerspricht dem Charakter der Deutschen, weil er gegen Freiheit und Recht verstoßt.

Bedeutung Lohnerhöhungen eine neue Inflation?

Unsere Mitglieder, die auf einem Vertrauensposten stehen und öfter im Auftrage der Kollegenchaft mit dem Unternehmer um eine Lohnzulage verhandeln, kennen ein beliebtes Argument auch der Druckereibitzer gegen Lohnerhöhungen. Besondere bekommen die Kollegen zu hören, daß Lohnerhöhungen eine neue Inflation bewirken müssen und die Unternehmer deshalb, weil ihnen — selbstverständlich — das Wohl der deutschen Wirtschaft — nicht etwa ihr übermächtiger Profit — am Herzen liegt, die Forderungen der Arbeiterchaft ablehnen müssen. Auch in der Unternehmerpresse mühen sich gegenwärtig allerhand Leute mit der Frage ab, ob unsere Währung bereits so gefährdet ist, daß die von den Arbeitern und Angestellten geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen ohne Schädigung derselben getragen werden könne. Die Kritiker schreiben in der „Berliner Börsen-Zeitung“, der „Industrie und Handelszeitung“ und der „Deutschen Bergwerkszeitung“ förmlich wertwürdigerweise übereinstimmend zu dem Schluss, daß Lohnerhöhungen die Währung gefährden würden und eine neue Inflation die Folge sein müsse. Auf diese Art sucht man die Deffenlichkeit zu bearbeiten und vor allem das Reichsarbeitsministerium sowie die Schlichtungsinstanzen von Schiedsprüchen abzuhalten, die eine Lohn- und Gehaltserhöhung vorsehen. Es ist notwendig, diese Sache aus dem Grund zu gehen, um falsche Vorstellungen zu zerstreuen.

Ihren Ausgangspunkt nahmen diese Erörterungen von der bekannten Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus im Hausparlament am 2. März d. d. Diesem Minister der Schwerindustrie glaube die Warnung auszusprechen zu müssen, die Löhne und Gehälter nicht unverantwortlich in die Höhe zu treiben. Nicht Lohnerhöhungen, sondern Produktionssteigerung und Kapitalbildung seien die Erfordernisse der Wirtschaft. Es ist kein Wunder, daß die Unternehmerpresse diese „niegründige Betrachtungsweise“ lobte und die Stellungnahme des Ministers mit lebhaftem Applaus begrüßte.

Die betreffenden Artikel der BZ, und der Deutschen Bergwerkszeitung sind sich in den wesentlichen Gesichtspunkten gleich, so daß es genügt, die Ausführungen der BZ, unter die Lupe zu nehmen. Diese erwähnt in ihrer Nummer vom 21. April, daß der Zahlungsmittelumsatz bereits 4,5 Milliarden betrage, dazu seien zu rechnen die diskontierten und resistierten Wechsel in einer Gesamthöhe von circa 1,2 Milliarden Mark, ferner die nicht diskontierten Wechsel in Höhe von 300 Millionen Mark, damit sei der gesamte Zahlungsmittelumsatz des reichen Deutschland der Vorkriegszeit erreicht. „Beobachte weitere Aufblähungen des Zah-

lungsmittelumsatz muß die Kaufkraft des Geldes weiter verringern und schließlich zu einem Zustand führen, wo Geldentwertung und Preisversteigerung wieder in den unaufhaltenden Kreislauf der Inflation kommen.“ Auf diese Deduktion fahndet, meint die BZ, vor Lohnerhöhungen, da zu einer Lohnerhöhung von beispielsweise 10 Proz. ein Kapitalbedarf von 500 Millionen Mark notwendig sei. Da diese Geldmittel nicht vorhanden seien, müßten entweder die Läger verflüssigt oder Kredite in Anspruch genommen werden. Die Reichsbank würde die erforderlichen Kredite nicht bewilligen, sondern mit einer erneuten Kreditrestriktion antworten. Nachdem dieser entsprechend aufgelegte Popanz gezeigt wurde, mißt die BZ, folgendes Schreckgespenst an die Wand:

„Unter der Kreditrestriktion als dem letzten Mittel des Währungsrichters gegen die von der Wirtschaftseite her drohenden Inflationsschrecken stehen deshalb Erstarren der Wirtschaft, Betriebseinsparungen, Arbeitslosigkeit, Herausforderung der Masse auf die Straße, politische Unruhen und Notmaßnahmen der Regierung, die, trotz was es wolle, aus innenpolitischen Gründen Zahlungsmittel zur Behebung des Gültersumsatzes zur Verfügung stellen muß, selbst wenn dies auf Kosten der Währung geht. Denn in der letzten Phase einer solchen Entwicklung würde der Druck der Masse so groß werden, daß kein Staatschef, kein Währungsminister und keine Währungsbehörde das unaufhaltsame Durchbrechen der Schranken und das Hereinbrechen der neuen Inflation verhindern könnten.“

Lassen wir den Kritiker der BZ, mit seiner Phantasie, als habe eine Lohnerhöhung die Revolution im Geleise, sich weiter abmehren und beschäftigen wir uns mit den reinen Tatsachen. Zunächst entsprechen die Ziffern, mit denen die BZ, jongliert, nicht den Tatsachen. In der Vorkriegszeit schwankte die Zahl der in Deutschland gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten um 18 Millionen. Wenn man für die Nachkriegszeit 18 Millionen Beschäftigte annimmt, dann dürfte ungefähr das Häufige getroffen sein. Die der Versicherungspflicht unterliegenden gewerblichen Arbeiter und Angestellten hatten ein durchschnittliches Einkommen im Jahre 1913 von 1215 Mark. Für die Gegenwart einen durchschnittlichen Jahreserwerb von 1600 Mark, gestellt, würde eine 10prozentige Lohnerhöhung einen augenblicklichen Kapitalbedarf von ungefähr 250 000 000 Mark erfordern. Die BZ, operiert mit der doppelten Summe, der Zweifelt ist sehr dürftig.

Als wenig stichhaltig erweist sich auch die Annahme, daß Wechsel als umlaufende Zahlungsmittel zu betrachten seien. Ganz abgesehen davon, daß Wechsel als Zahlungsmittel nur wenig zirkulieren, ist es in der Vorkriegszeit niemand eingeleitet, den feinsten viel höheren Wechselbestand als dem Geld gleich zu achtende Zahlungsmittel zu betrachten. Deshalb soll man heute auf die weder theoretisch bewiesene noch praktisch in Erscheinung tretende Deduktion hereinfallen?

Die BZ, nimmt selbst an, daß der zu Lohn- und Gehaltserhöhungen benötigte Mehrbedarf von Kapital zunächst aus eigenen Mitteln zur Verfügung gestellt werden müßte. Dabei wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß die zur Verfügung stehenden disponiblen Mittel hierzu nicht ausreichen. Die benötigten Summen müßten durch Kredite herbeigeholt oder die zur Inanspruchnahme der Betriebe ausgenommenen Auslandsdarlehen müßten zur Verfügung herangezogen werden. Herr Dr. Weisinger spricht in einem Artikel der „Industrie- und Handelszeitung“ von „konsumierten Auslandsdarlehen“. Der Zufall will es, daß sich in derselben Nummer der BZ, die Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. April befindet, wo ein weiterer Rückgang des Zahlungsmittelumsatzes um 105 Millionen Mark und ferner eine Verminderung der Wechselanlage um 64 Millionen Mark festgestellt wird. Der Reichsbankstatus vom 23. April zeigt eine weitere erhebliche Besserung. So ging die Wechsel- und Lombardanlage um 167 Millionen Mark zurück, Banknoten und Rentenschatz um 170 Millionen Mark, während die Zahl der Reichsbank zurückgefallen. Was nicht beachtet wird von den Feindmachern der Unternehmerpresse, daß, wenn zunächst auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, sie aber später durch durchgehende und großangelegte Rationalisierung der Produktion wieder heringeholt werden können. Zum Teil auch, was die Unternehmer anderer Länder können, müßten doch auch die deutschen Unternehmer fertig bringen! Wo bleibt hier die so vielgerühmte Initiative der deutschen Wirtschaft?

Die deutsche Wirtschaft wirkt doch heute schon ganz ansehnliche Ueberschüsse ab. Abgesehen von reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen, die zur Reproduktion des

Kapitals gewiß notwendig sind, werden auch wieder Dividenden verteilt. Die der Kapitalistenklasse in Gestalt von Dividenden und Tantemen zufließenden Beträge sind nach Meinung des Reichswirtschaftsministers die Voraussetzungen zur Kapitalbildung. Wir bestreiten diese Auffassung, weil wir der Meinung sind, daß eine gutentlohnte Arbeiter- und Angestelltenchaft sich auf in Form von Spartapital die nötigen Summen dem Geldmarkt zufließen dürfte, die die Wirtschaft zu ihrer Behebung braucht. Wenn der der Kapitalistenklasse zufließende Mehrwert der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen würde, dann fände nur eine Verflechtung in den Einkommen der beiden Klassen, Lohnarbeiter und Kapitalisten, statt. Die Währung würde dadurch nicht im geringsten gefährdet.

Ganz unberücksichtigt gelassen wird die Wirkung der Löhne auf den Innenmarkt. Die kolossale Behebung der amerikanischen Wirtschaft ging in der Hauptsache von der enormen Aufnahmefähigkeit der amerikanischen Bevölkerung aus. In Deutschland ist die Bevölkerung nur für das Notwendigste aufnahmefähig, deshalb das Bekleben, ausländische Absatzmärkte zu erobern. Daß aber eine Bevölkerung von 62 Millionen ebenfalls einen nicht geringen Absatzmarkt darstellt, wird gestillt übersehen oder man gleitet mit einigen Phrasen darüber hinweg. Dies tut z. B. Dr. Weisinger, der in dem Artikel der „A. und H.“ folgendes zum besten gibt: „Es bleibt aber leider unbeachtet, in welcher außerordentlichem Umfang auch schon beim heutigen Lohnniveau der Konsum ausländischer Güter bis in die sonst den Massen nicht zugänglichen Luxusgüter hineingestiegen ist, und es bleibt damit eine Gefahr ganz außer acht, daß bei Erhöhung der Kaufkraft der breiten Masse im Ausland nicht zu sehr der deutsche wie der amerikanische Produzent einen Vorteil habe.“ Gegen solche Ausführungen lohnt es sich nicht zu polemisieren. Demgegenüber halten wir an der volkswirtschaftlich richtigen Meinung fest, die Behebung der Kaufkraft würde die deutsche Wirtschaft beratend betreffen, daß Wirtschaftskrisen ihre Schrecken verlieren.

Das deutsche Unternehmertum samt seinen journalistischen Kopfgehirnen muß sich mit der Anschauung vertraut machen, daß das arbeitende Deutschland auf die Dauer nicht gewillt ist, sich mit einem Bruchteil der Einkommenssätze zu begnügen, die den ausländischen Arbeitern zur Verfügung stehen. Die gebotenen Lohnerhöhungen, selbst wenn sie generell mit 10 Proz. bewilligt würden, gleichen die Spanne zwischen den deutschen und ausländischen Löhnen der maßgebenden Industriefaktoren nicht aus. Deshalb treten wir auch ferner mit aller Entschiedenheit für Lohnerhöhungen ein. Sie bedeuten keineswegs eine neue Inflation und können von der deutschen Wirtschaft getragen werden.

Zu demselben Thema äußert sich auch die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Nr. 345 vom 10. Mai. In einem „Inflation durch Lohnpolitik“ überführten Artikel befaßt sie sich mit einem Rundschreiben der Vereiningung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das ebenfalls das Gespenst der Inflation an die Wand malt, wenn der Arbeiterchaft neue Lohnerhöhungen zugestanden werden. In diesem Rundschreiben wird über den Umlauf der Zahlungsmittel die folgende Rechnung aufgemacht wie in der „Berliner Börsenzeitung“. Die „Frankfurter Zeitung“ weist den Unternehmern nach, daß diese Rechnung falsch ist und auf einem groben Verstoß beruht. Das genannte Blatt sagt ihnen, daß „die Verfasser des Rundschreibens eine unhaltbare Vermischung der verschiedensten Dinge vornahmen“.

Die Gewerkschaften wissen, warum die Unternehmer ihre Schaurgeschichten von einer neuen Inflation durch Lohnerhöhungen der Deffenlichkeit ergötzen. Straffe Geschäftsinteressen veranlassen sie dazu, und die Angst um Schwächung des Profits, den sie sich durch ungenügende Löhne verschaffen. Wer hätte, so fragt die „Frankfurter Zeitung“ mit Recht, vor dem Kriege Lohnerhöhungen mit dem Argument des Währungsverfalls abgelehrt? Reinem Menschen wäre das eingeleitet. Erst nachdem die deutsche Bevölkerung den Schrecken und die grauenvolle Auswirkung der Inflation gespürt hat, bebieten sich die Unternehmer dieses feinen Arguments, um Stimmung gegen die höhere Löhne fordernden Arbeiter zu machen. In der Vorkriegszeit hießen die Gegengründe: Preisverhöhung, Entmischung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt usw. Heute ziehen diese Ausreden nicht mehr, die Unternehmer müssen härtere Mittel anwenden, und der gläubige Sozialangelegter glaubt ihnen auch, denn die Erhöhung des Preisniveaus und die Erhöhung des Exportes können heute in der Deffenlichkeit nicht den notwendigen Eindruck machen. Jedermann in

Auf Fahrt.

Von der Osterwanderung unserer jungen Mitglieder in Köln. Offern. — Das Fest des Frühlings, der Freude, auf das die Menschen mit frohem Herzen warten, sollte für einen Teil der in der Jugendsektion unseres und des Sozialarbeiterverbandes in Köln zusammengeschlossenen Jungendkollegen eine besondere Freude werden. Zwei Tage, fernab von dem Großstadtdreibe, sollten in der freien Natur verbracht werden, und mit frohem Mut wurde in diesem Sinne unsere Wanderfahrt begonnen. Die Fahrt ging mit der Eisenbahn bis Niederg. (Gifel), dann wurde auf Schufterappeln die schöne Gegend durchwandert. In der Natur spielte sich noch der Kampf zwischen den Elementen ab, bis endlich als Siegerin die lachende, goldene Sonne ein malerisches Bild vor uns entstehen ließ.

Wir beschlössen die noch aus alten Zeiten stammende Burg Aldegg, wandern dann immer schmalen Waldwegen entlang unseren nächsten Ziel, der im Tale dahinstreifenden Urft, zu. Um uns ein Bild von gegenseitiger Wirkung und in frohlicher, heiterer Stimmung, die durch Gesang und Erörterungen über Gestein oder Produkte der Gegend und des Waldes, noch mehr belebt wird, erreichen wir unseren Ort, an dem wir unser Mittagsmahl einnehmen wollen. In nächstem Grunde am rauschenden Bächlein wird gerastet. Ein echtes fröhliches Lagerleben, wie es sich in der Jugend verfortpflanzt, beginnt hier. Doch wird auch in ernstlichen Gesprächen des verstorbenen Führers der deutschen Arbeiterchaft Ferd. Lassalle gedacht. Gerade in der freien Natur haben feierliche Momente, in würdiger Form hervorgerufen, gute Wirkung. Nach längerer Rast geht es weiter an Bergeshängen entlang, durch Weidenland dem Städtchen Heimbach, unserem Ziel für die Nacht, zu. Quartier, natürlich eine

Schnecke, ist schnell gefunden. Der Humor kommt noch einmal voll zur Geltung und bald liegen alle in einem gesunden Schlaf.

Bei Tagesanbruch wurde nach kurzer Toilette und Morgenmahl unser Marsch zur Talsohle, dem Hauptanlaufpunkt, fortgesetzt. Dasselbst angekommen erhielten wir, feine Information über die Entfernungen des Wertes, seinen Wasserinhalt und über das verunkelte Dorf, dann ging die Wanderung zwei Stunden am Seeufer entlang. Hier bot sich uns ein Landschaftsbild von überwältigender Schönheit und großen Naturreizen. Wir hatten um die Mittagszeit schnell einen romantischen Ort gefunden, der unseren Wünschen entsprach und das geistige Lagerleben nahm wieder seinen Anfang. Nach unserem Aufbruch wanderten wir eine längere Strecke über eine gut gepflasterte Landstraße und bald waren wir in Call, unserem Endziel, wo aus uns unserem Wirkungsbereich, unserer Scholle, wieder zuführen.

Ein Ueberblick über eine Wanderfahrt, wie wir sie als freie und naturlebende Menschen zu machen pflegen, gibt uns die Erkenntnis, daß wir in den Wanderungen eines unserer besten Mittel haben, um in der Jugend schämerzliche gute Kräfte zu lösen. Kommt besser das Gemeinschaftsgefühl zur Geltung, wird besser der Solidaritätsgedanke gepflegt, kann körperlich und geistig wirksamer und immer wieder unter neuen Gesichtspunkten an die Jugend herangeföhrt werden als gerade auf unseren Fahrten? Natürlich müssen Führer und die einzelnen Teilnehmer es gut verstehen, die jeweilige Situation zu erfassen.

Kämpfen wir für eine gut ausgestattete Organisationsführung für die Jugendlichen zu einer höheren Erkenntnis des Lebens, nämlich zu der des freien selbständigen Menschen, und die Trägheit sowie die Dornsaule wird verschwinden.

So erreichen wir am besten unser Ziel. Unter diesen Gedanken und mit dem Trugergebnis zur Arbeiterchaft wurde unsere Wanderung beendet. Frei Heil!

Peter Kularg-Köln.

Soziale Dichtungen unserer Zeit.

I.
Die Dichter, die in den nachfolgenden Ausführungen besprochen werden, sind aus den Niederungen des Proletariats heraufgestiegen. Als Kämpfer einer neuen Welt war der Krieg auch nicht der Vater ihrer Muse, so war er doch der starke Erschütterer, der ihrer unverbrauchten Schöpferkraft zum Sieg verhalf. Die Stellung des Deutschen zum politischen Dichter ist immer kühl gewesen. Fritz Reuters Lebensweg führt uns das deutlich vor Augen. Von den Arbeiten der neueren sozialen und politischen Dichtung nehmen 2 VIERTE Werte einen hervorragenden Platz ein. Dem Toller gilt nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und Amerika. Toller wurde 1893 in Sandbühnen, West Bromberg, geboren. Nach Kriegsabbruch war er bis 1915/16 Soldat. 6 Jahre hat er im Gefängnis gesessen und hat doch in knapp 4 Jahren 6 Dramen und 3 Gedichtbände herausgebracht. In seiner „Wandlung“ weicht er den Weg zur Menschwerdung, die Menschen stehen vor seinem Taktel. „Ach, welch hübscher Weg, den müßte man gehen.“ Und dann dreht sie sich um und schneidert ihre alten Phasen. Toller aber läuft ihnen nach, schneidert ihre Straße und eßt sie sich verschlingen, steht da eine neue Tafel vor ihm: „Dort ist der Weg!“ Und Toller kümmert sich um unsere Wege. — In „A. und H.“ ziehen die Ereignisse der Märzrevolutionen an uns vorbei. Er hat seine Verlebung gegen die Kritiker im letzten Bild trefflich heraus-

bände in solchen Fragen einander schroff gegenüberstehen. Beispielsweise wünscht der Metallarbeiter-Verein für sich den Industriereichhaltigen „Hütten- und Metallindustrie“. Es mag auf den ersten Blick absonderlich erscheinen, daß der Fabrikarbeiter-Verein als Träger der Organisation für die „Chemische Industrie“ Anspruch auf die „Metallhütten“, mit Ausnahme der Eisenhütten, erhebt. Indessen erscheint die Sache in einem anderen Lichte, wenn man sich den Produktionsprozeß näher ansieht. Die Gewinnung von Kupfer, Zink und anderem Metall vollzieht sich nämlich ganz anders als der Hochofenbetrieb der Eisenhütte und ist völlig identisch mit dem allgemein üblichen Produktionsprozeß in der Industrie der gesamten anorganischen Chemie. Tatsächlich sind die metallurgischen Werke, in denen durch Auslaugen mit Säuren die Abcheidung der Metalle erfolgt, trotz ihres Namens Betriebe der chemischen Industrie. Dabei wäre hier eine Entscheidung noch verhältnismäßig leicht im Verhältnis zu solchen Betrieben, die sich über mehrere Industrien erstrecken. Auch die Angliederung von andersindustriellen Nebenbetrieben kompliziert die Sache. Bei der Abgrenzung für den Bergbau ergeben sich Schwierigkeiten aus der Tatsache, daß immer mehr dazu übergegangen wird, den Förderbetrieben auch Nebenbetriebe für die weitere Verarbeitung direkt anzuschließen. Der Fabrikarbeiter-Verein macht geltend, daß nach dem Industriereichhaltigen Prinzip nicht der zufällige Besitz eines Betriebes, sondern die Art der Produktion maßgebend für die Organisationszugehörigkeit sei, daß demnach Kokerien, Teerdestillationen und Ammoniakfabriken als unzweifelhaft chemische Betriebe in den Industriereichhaltigen für diese Industrie gehören und nicht von der chemischen Industrie getrennt werden können. Der Bergarbeiter-Verein aber läßt diese Ansprüche nicht gelten und reklamiert solche chemischen Nebenbetriebe des Bergbaues für sein Organisationsgebiet, womit er zweifellos recht hätte, wenn die vertikale Konzentrationsform gelten würde, während der Fabrikarbeiter-Verein recht hat, wenn das horizontale Zusammenfassungsprinzip zur Anwendung kommen soll. Aus diesem Beispiel lernt man, daß es schieferdings unmöglich ist, für ein Organisationsprinzip sowohl das horizontale wie das vertikale Zusammenfassungsprinzip nebeneinander in Kraft zu setzen.

Diese wenigen Andeutungen mögen genügen, um zu zeigen, wie ungeheuer schwer die Aufgabe der Kommission für die Ausarbeitung eines neuen Organisationsplanes ist. Glücklicherweise hat sich der Leipziger Kongreß dafür bewahrt, bereits die alten Grenzen zwischen den Verbänden aufzuheben, wie manche Heißparolen es wünschten. Gerade weil es für eine Neuformierung an einem allgemeinen Abgrenzungsprinzip, das für alle auftauchenden Streitfälle die Entscheidung in sich selbst trägt, fehlt, müßte ein neuer Organisationsplan bis ins Detail ausgearbeitet sein, bevor er durch einen Kongreßbeschuß als geltendes Recht proklamiert werden könnte. Man wird gewiß keinen Plan finden können, der alle befriedigt; aber was man von ihm auf alle Fälle verlangen muß, ist eine klare und deutlich sichtbare Sinnführung. Nichts könnte verhängnisvoller werden, als wenn der nächste Kongreß etwa die alten Zwischenwände im Gebäude des ADGB einreißt, das Aufstehen der neuen Wände aber auf der Grundlage eines ungeklärten Prinzips, das jeder nach seiner Façon auslegen kann, dem fruchtlosen Kaufmann unter den Verbänden überlassen wollte.

Während alle Augen darauf gerichtet sind, wie durch eine Zusammenlegung und Umformung der Gewerkschaften die allgemeine als zweckmäßig anerkannte Konzentration der Gesamtbewegung gefördert werden kann, bleibt ziemlich unbeachtet, daß diesem Ziel auch auf einem anderen Wege und mit geringeren Schwierigkeiten näherzukommen ist. Der Wille zur Zusammenfassung hat in der Nachkriegszeit am stärksten seinen Ausdruck gefunden durch die Gründung des ADGB an Stelle der früheren „Generalkommission“. Das war nicht nur eine Namensänderung, sondern dahinter stand die wohlmerkwürdige Absicht, den losen Zusammenfluß zu einer festen Gesamtorganisation auszubauen. Wenn heute noch viele Gewerkschaftsmitglieder die Bedeutung dieses Vorganges nicht ganz erkannt haben, so liegt das daran, daß der neu geschaffenen Form noch viel an Inhalt fehlt. Die meisten finanziellen Verhältnisse der Inflationszeit, die Notwendigkeit, in allen Verbänden alle Kräfte bis zur Erschöpfung für den unmittelbaren Sozialkampf einzusetzen, haben bisher verhindert, die Spitzenorganisation so auszubauen, wie das die Absicht war. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß der Bund gefesselt an der Größe der Aufgaben, die er als Repräsentant der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Arbeiterinteressen in Gegenwart und Zukunft zu leisten hat, nur erst ein recht beachtenswertes Format erreicht hat. Hier liegen noch sehr große Entwicklungsmöglichkeiten. Ohne gleich an einen „Allgemeinen Gewerkschaftsverband“ denken zu müssen, können doch der Wirkungsbereich und die Einrichtungen des ADGB noch erheblich erweitert werden. Dabei ist es möglich, daß dann die einzelnen Verbände an öffentlicher Bedeutung und Selbständigkeit einbüßen und mehr in den Plana von Unterabteilungen der Gesamtorganisation einrücken müssen. Aber das wird leicht zu ertragen sein, wenn auf der anderen Seite ein kongressartiger Zusammenschluß aller Kräfte dort in Erscheinung tritt, wo ein Einheitswille der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft wirksam geltend gemacht werden kann. Um dahin zu kommen, müssen die zentralen und bezirklichen Einrichtungen des ADGB weiter ausgebaut werden, damit sie in der Lage wären, alle sozialpolitischen, arbeitserzieherischen, wirtschaftspolitischen usw. Aufgaben, die allgemeiner Natur sind und für die heute noch vielfach die Kräfte in den einzelnen Verbänden nebeneinander verzerren werden, durchführen zu können. Auch das gewerkschaftliche Bildungswesen kann durch eine straffe Zentralisierung durch den ADGB rationaler gestaltet werden.

In der gleichen Richtung würde eine größere Vereinheitlichung der Organisationseinrichtungen bei den einzelnen Verbänden liegen, ohne daß gleich eine mechanische und absolute Einheitsförmigkeit durchgeführt werden müßte. Indessen wäre es sicher von allgemeinem Nutzen gewesen, wenn der Wiederaufbau der inneren Verbandseinrichtungen, die in allen Verbänden nach der Inflationszeit notwendig gewordenen Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens, nicht, wie es tatsächlich geschehen ist, ohne jede Prüfung untereinander, sondern planmäßig und nach einheitlichen Grundrissen erfolgt wäre. Gerade hier zeigte sich

besonders deutlich, wie wenig heute noch das Gefühl der organisatorischen Verbundenheit die einzelnen Verbände beherrscht und wieviel Möglichkeiten für eine weitere Konzentration der Gewerkschaftsbewegung hier noch zu finden ist. Wenn die weitere Konzentration der Gewerkschaftsbewegung in dieser Richtung verläuft, wird sich vielleicht zeigen, daß die Organisationsform und die Größenverhältnisse der einzelnen Unterverbände überhaupt nicht mehr die überragende Bedeutung haben, die ihnen heute noch zugemessen wird.

Zwei „Freunde“ der Arbeiter gegen den Achtfundentag.

In einem Aufsatz der „Zeitschrift“ wurde ein Gewerkschafter Albert gelobt, der in einer Broschüre wichtige Tatsachen über den Achtfundentag und das Washingtoner Abkommen feststellte. Dieses „eingeschriebene Mitglied der Sozialdemokratischen Partei“ kommt zur Freude des Unternehmerrates zu der Schlussfolgerung, daß nur Mehrarbeit die Arbeiterschaft retten könne.

Der Verlag der „Deutschen Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ hat diese und noch eine andere Broschüre herausgegeben, die in Hunderttausenden von Exemplaren — man läßt sich was kosten — an die deutsche Arbeiterschaft verteilt werden sollen. Die zweite Broschüre nennt sich „Arbeiterschaft und Erfüllungspolitik“. Sie ist von einem gewissen „Sozius“ zusammengeschrieben, der sich selbst als „alter Gewerkschafter“ bezeichnet. Der Verfasser der Broschüre „Was die Arbeiter über das Washingtoner Abkommen und den Achtfundentag nicht erfahren“ ist der schon erwähnte Robert Albert, Dresden. Beide Broschüren sind ein Sammelurteil von möglichen und unmöglichen, passenden und unpassenden Zitate sozialistischer und bürgerlicher Schriftsteller, die zu dem Thema in keinerlei Beziehung stehen. Daß beide Verfasser auf die tiefen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Arbeitszeit und Arbeitsleistung nicht eingehen, daß sie die tatsächliche Grundlage der nachkriegszeitlichen Arbeitszeitfrage mit ihren ungeheuren wirtschaftlichen und handelspolitischen Auswirkungen völlig außer acht lassen, versteht sich von selbst. Aber sie zeigen der Arbeiterschaft, daß es auch in Lager des deutschen Unternehmerrates fleißige Schreiberlein gibt, die „von Wohlwollen gegenüber der Arbeiterschaft übersehen“. Sozius macht das nun, indem er in seiner Schreiberlei feststellt, daß, wenn Deutschland seine Unterfertigung unter das Washingtoner Abkommen setzt, sein Export aufhöre, eine ungeheure Arbeitslosigkeit einsetze usw. Das ganze Register kapitalistischer Gelegenheitsklagen wird von unserem braven Sozius gezogen. Aber sein Spießgeselle Albert kann es auch. Er weist hartnäckig nach, daß nach Ratifizierung des Achtfundentags Abkommens von Washington durch Deutschland die anderen Nationen sich ins Fräustchen lachen werden, z. B. weiß Herr Albert — er sagt es wenigstens — ganz genau, daß Amerika überhaupt nicht ratifizieren wird. Und so kommen denn beide Schreiberlein zu dem Schluß, den der Leser schon lang erraten haben wird: daß die deutsche Arbeiterschaft unbedingt von der „unheilvollen Idee“ des Achtfundentages und der achtundvierzigstündigen Arbeitswoche ablassen muß.

Die deutsche Arbeiterschaft wird den Wert der in den beiden von uns besprochenen Broschüren betriebenen Agitation nach Verdienst einschätzen, wenn sie erfährt, wer die beiden Schreiberlein sind. Hinter dem Biedermann „Sozius“ versteckt sich kein anderer als — Herr Emil Kloib. Dieser „alte Gewerkschafter“ ist ja unseren Mitgliedern genügend bekannt. Aber auch der Sozius dieses Biedermannes, Herr Robert Albert, ist der Arbeiterschaft kein Fremder. Er irrlichterte vor Jahren mal durch die Arbeiterbewegung, mimte den Habitué, schnaubte in Wut gegen die Revisionisten und bemüht sich jetzt — den Gewerkschaften seine phänomenalen Erkenntnisse beizubringen. In Partei und journalistischen Kreisen in Breslau und Dresden nennt man ihn — der epileptischen Lügner. Seine Broschüre über das „Was die Arbeiter über den Achtfundentag und das Washingtoner Abkommen nicht erfahren“ bekräftigt diese Auffassung.

Aus den Zeitstellen.

Dresden. Am 28. April fand in den Annenälken eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der die Genossin Freund über „Wirtschaftliche und politische Tagesfragen“ sprach. In passender Weise schilderte sie den Ausgang der Reichspräsidentenwahl, der einestils durch die Haltung der Kommunisten, andernteils durch die Sentimentalität der deutschen Frauen zustande gekommen ist. Die Reichsparteien, welche früher vom Frauenwahlrecht nichts wissen wollten, wären jetzt anderer Meinung geworden, da ihnen die Indifferenz vieler Frauen zugute kommt. Hier gelte es einzuhaken und die Frauen politisch zu erziehen und zu schulen. Besonders für die Annahme des Washingtoner Abkommens müßten sie sich einlesen, da gerade sie, die größtenteils noch ihre Hauswirtschaft mit vorjagen müßten, das größte Interesse am Achtfundentag haben sollten. Auch bei der am Freitag stattfindenden Malfeler sollen gerade die Frauen gegen den Krieg protestieren, da ein künftiger Krieg ein mit chemischen und technischen Methoden geführter sein würde, der an Gräßlichkeit jeden anderen überträte.

Dem etwa einstündigen Vortrag wurde mit reichem Beifall gedankt und Kollege Mirsch ermahnte die Kollegen, ihre Frauen aufzuklären, da sie nicht nur, nach Meinung mancher, an den Kopfstoß gehören.

Nachdem Kollege Herrmann über die Vorbereitungen zu dem am 10. Mai stattfindenden Gautag berichtet hatte, wurden Maria Klein, Paul Barthel und Arthur Täubrich als Delegierte dazu gewählt. Auch wurde beschlossen, das Sozialabkommen in Steinbrück zum 31. Mai zu kündigen.

Nach Bekanntgabe einiger örtlicher Angelegenheiten hatte die gutbesetzte Versammlung ihr Ende erreicht.

Dresden. Einen interessanten Vortrag hielt unser Gauleiter Franz Herrmann am 3. Mai in einer Nacharbeiter-Versammlung über eine Studienreise deutscher Buchdruckerbesitzer nach Amerika. Vergleiche ziehend zwischen amerikanischen und deutschen Verhältnissen im graphischen Gewerbe, schilderte er, wie sich die Amerikaner die Erzeugnisse der Technik nutzbar machen, gleichzeitig aber sozialpolitisch ganz anders eingestellt sind als unsere Unternehmer. Besonderen Anklang fand die Erwähnung, daß während der Arbeitspausen Konzerte, Theater, Kinodarbietungen sowie

portliche Betätigung geboten werden. Leider ist das Organisationsverhältnis sehr zerrissen, da 13 Verbände im graphischen Gewerbe in Betracht kämen, während bei uns vier bestehen. Kollege Köpfer, dessen Sohn in Cincinnati als Drucker beschäftigt ist, ergänzte noch verschiedenes, so daß die Beschaffung eines anregenden Verlaufes hatte. Nur wäre ein besserer Besuch zu wünschen gewesen.

Rundschau.

Ueber die Beteiligung an der Malfeler liegen dem ADGB nun genaue Mitteilungen vor. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, können wir feststellen, daß die Beteiligung der Arbeiter- und Angestelltenchaft an den Veranstaltungen äußerst groß war. Die Zahl der Teilnehmer war doppelt so groß als im Jahre 1924 und betrug ein Vielfaches der Beteiligung während des Inflationsjahres 1923. Diese Tatsache ist ein günstiges Zeichen für die Fortentwicklung und das Wachstum der Arbeiterschaft. Von Interesse ist auch folgende Mitteilung über die Fester: In den großen Industriezentren ruhte die Arbeit fast vollständig, aber auch auf dem Lande konnten Veranstaltungen durchgeführt werden, die von Tausenden und Abertausenden Personen besucht wurden.

Durchweg waren die Gewerkschaftstaktiken in den einzelnen Orten Träger der Fester. Diese selbst vollzogen sich in der Art, daß die Gewerkschaften am Vormittag große Versammlungen veranstalteten, während die Parteien sich mehr auf gesellschaftliche Veranstaltungen am Abend beschränkten. Viel mehr als früher war auch wieder die gute alte Tradition zu beobachten, daß in den Gewerkschaftsveranstaltungen Vertreter der politischen Parteien sprachen, während die Parteimitglieder in den Veranstaltungen der Parteien von Gewerkschaftsvertretern gehalten wurden. So kam wieder das herliche Verhältnis zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft, besonders zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, zum Vorschein. Die Durchführung des Malfefestivals beweist dem deutschen Proletariat aus neuer, der Weltarbeiterfeier und die sozialistischen Maßstäbe maßgebend.

Ausbau der Wirtschaftsbeobachtung durch den ADGB. Ueberall in den Gewerkschaften ist seit Ende der Inflationszeit neues Leben und neue Initiative zu beobachten. Wertvolle Institutionen, die durch die Marktentwertung bedroht und sogar vielfach eingegangen waren, sind zu neuem Leben erweckt worden, um wie früher die Arbeiterbewegung in weitem Maße zu befruchten.

Vor allem hat es sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nicht nehmen lassen, die notwendigen Erweiterungen und Neuerungen vorzunehmen, um auf dem Gebiet der Wirtschaft, Handels- und Sozialpolitik das für die Arbeiterschaft zu leisten, was der Gewerkschafter im Lande von seiner Zentrale mit Recht erwarten darf. Der ADGB wird diese Absicht durch Ausbau seines Bundesbereichs verwirklichen. Bei diesem Ausbau ist vor allem großer Wert auf eine eingehende Bearbeitung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Fragen gelegt worden. Für diese Aufgabe hat man gute Kräfte in folgenden Kollegen und Genossen gefunden: Dr. Hans Krons, Berlin, Wirtschaftler und Wirtschaftspolitiker; Dr. Bruno Broder, Köln, der die sozialpolitischen Fragen bearbeitet wird, und Robert Sachs, bis her Bautiontrollen und Wohnungspfleger der Stadt Leipzig. Kollege Sachs wird sich besonders in Fragen des Arbeiterschutzes, insbesondere des Bauarbeiterchutzes betätigen. Wir wünschen den Genossen gegliederten Erfolg ihrer Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung.

Abrechnungen.

In der vergangenen Woche gingen die Abrechnungen für das erste Quartal aus Hannover (Gau 9) und aus Danzig bei der Hauptkasse ein. Gleichzeitig der Beitrag von 1072,21 Mk. aus Hannover und der Betrag von 1171,98 Mk. aus Danzig, ferner aus Stuttgart die erste Rate von 2000 Mk.

Berlin, den 9. Mai 1925.

H. Bodahl.

Für die Woche vom 18. bis 23. Mai ist die Beitragsmarke in das mit 21 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder der Karte zu kleben.

Literatur.

Staatliche Arbeiterbildung. Ausgegeben von Karl Berger. 92 Seiten. Kart. 0,80 Mk., Halblein geb. 1,30 Mk., Halbleder 2.— Mk. Berlin 1925. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 78.

Das Mädchen will, wie Bergers schönes Wortwort einschließen betont, zuerst und vor allem die Summe des Erntes und der Aeste sein, womit die junge Arbeiterschaft ein geistiges Leben erlangt. Es wird Beuge eines reichen, unvertrauten Seelenlebens, das lebt schon und sinkt weit mehr dem Fortkommen, Hindernis und bewundernde Rechte mitunter. In dem Mädchen gibt es aber trotzdem viel Dichtung, die vor (schiller, literarischer Kritik als eigenartig und zu Kunst haben bestehen kann, so die formliche Symmetrie des Alberte Karl Albrecht, die Dichtungen des Mädchen W. G. Döllmeit aus Berlin, des 18jährigen Metallarbeiters W. G. Hagen aus Oberhausen und anderer. Das Mädchen ist eine Arbeiterschaft, die nicht nur in die Hände der Augenbesen einer jungen Dichter gelangen, es wird Schulmännern, Arbeiter- und Jugendpflegern, den Kulturkritikern und den Politikern wertvolle Erkenntnisse über die Jugend der Arbeit in unmittelbarer Art geben.

Briefkasten.

2. in Geklemmb. Die beiden Inserats kosten 2,50 Mk.

Unserem Kollegen Heinrich Reinhard zu seinem fünf- undzwanzigjährigen Arbeitsjubiläum (in Firma Winter) nachträglich die herzlichsten Glückwünsche!

Zahlsstelle Darmstadt.

Unserer lieben Kollegin Wilma Wieland nebst ihrem Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung.

Unserer lieben Kollegin Dora Borowski nebst ihrem Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung.

Zahlsstelle Geseesende.

Verantwortlich für Redaktion: R. G. H. L. G., Charlottenburg, Westfälischestraße 16. Fernr. Amt Berlin 1528. Verlag: H. Bodahl, Charlottenburg. — Druck: Formbest-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61.